

Protokoll über die Sitzung Nr. 2/2024 des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 21. Oktober 2024, um 14:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt

Stellv. Ausschussmitglied Christina Heide

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Ausschussmitglied Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Mitglieder Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart

Beigeordneter Michael von den Berg

Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Volker Block

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

als Gäste

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Helga Weinstock

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Elke Schute - Fachbereichsleitung Wirtschaft und Regionalmanagement

Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 16.09.2024
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Nachbewilligung zum Haushalt 2024 - Teilhaushalt Jugend **269/2024**
 - 4.2 Nachbewilligung zum Haushalt 2024 - Teilhaushalt Soziales **268/2024**
 - 4.3 Nachbewilligung zum Haushalt 2024 - Teilhaushalt Bürgerangelegenheiten **267/2024**
 - 4.4 Verkehrsregion Ems-Jade (VEJ) Hier: Änderung der Organisationsstruktur der VEJ GbR zu einer GmbH **246/2024**
 - 4.5 Ergebnis Prüfauftrag Nr. 31 im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2023/2024 (hier: Beendigung der finanziellen Beteiligung an den erweiterten Schleusenöffnungszeiten) **252/2024**
 - 4.6 Verkauf - Arthur-Grunewald-Straße – Gewerbefläche Geniusbank **224/2024**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
-Keine-
- 6 Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen
 - 6.2 Info Haushaltsstrukturkommission
 - 6.3 Einrichtung einer laufenden Ideenbörse zum Haushalt 2025/2026 (Auf Wunsch von Herrn Heinemann)

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Tönjes kritisierte, dass es zur Beschlussvorlage Nr. 224/2024 „Verkauf – Arthur-Grunewald-Straße – Gewerbefläche Geniusbank“ Änderungen per Änderungsantrag hätte geben sollen. Nun sei jedoch eine bereits geänderte Beschlussvorlage vorgelegt worden.

Herr Marušić erklärte, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen den Wunsch hatte die Beschlussvorlage um die Möglichkeit der Erbpacht zu erweitern. Diese Erweiterung habe die Verwaltung vorgenommen.

Auf Nachfrage von **Herrn Stoffers** erläuterte **Herr Marušić**, dass es sich bei der Beschlussvorlage um einen Eilfall handelt, da aufgrund der begrenzten Fällperiode der Maßnahmenbeginn, wofür vorher noch die Baugenehmigung notwendig ist, bis Februar 2025 erfolgen müsse. Ansonsten würde sich das Bauvorhaben erheblich verschieben, deshalb sei die nachträgliche Einladung mit verkürzter Ladungsfrist erfolgt.

Herr Burkhart merkte an, dass aufgrund der aktuellen Berichte eventuell eine Verschiebung der Beratung sinnvoll sei.

Herr Marušić widersprach dem und betonte, dass alle notwendigen Informationen für eine Beratung vorliegen.

Die Tagesordnung wurde mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen (Herr Tönjes, Herr Walpurgis) und 3 Enthaltungen mehrheitlich festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 16.09.2024

Herr Tönjes widersprach dem Protokoll, da wesentliche Aussagen des Stadtbaurates nicht enthalten seien. Insbesondere habe der Stadtbaurat mehrmals gesagt, dass die Antworten zu den Auskunftersuchen vorliegen und verschickt werden könnten.

Herr Müller erklärte, dass zum Tagesordnungspunkt 4.7 (Beschlussvorlage Nr. 224/2024) versehentlich die Verweisung an den BGGs protokolliert worden sei, dies jedoch eine Verweisung an mehrere Fachausschüsse, insbesondere den WTH, gewesen sei. Die Änderung wird von der Verwaltung vorgenommen.

Herr Tönjes stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung, um in die Tonbandaufnahme zu hören.

Der Antrag auf Vertagung wurde mit 4 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt am 16.09.2024 wurde inklusive der von Herrn Müller genannten Änderung mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Nachbewilligung zum Haushalt 2024 - Teilhaushalt Jugend**269/2024**

Herr Müller führte in die Beschlussvorlage ein. Er informierte darüber, dass neben den vorgelegten Nachbewilligungen (Tagesordnungspunkte 4.1 bis 4.3) Zweckbindungsanträge in Höhe von 3,5 Mio. € gestellt wurden. Dies bedeutet, dass zweckgebundene Mehrerträge vorhanden sind, welche für zweckentsprechende Mehraufwendungen genutzt werden sollen. Für diese Fälle ist trotz Überschreitung der Ansatzermächtigungen keine Nachbewilligung erforderlich.

Außerdem berichtete Herr Müller, dass eine weitere Nachbewilligung im Teilhaushalt 50 (Soziales) unter 50.000 € durch den Oberbürgermeister genehmigt worden sei.

Die **Herren Schön, Walpurgis** und **Becker** betonten, dass Bund und Land gefordert seien die Kommunen zu unterstützen. Die Kosten, insbesondere in den Bereichen Soziales und Jugend, seien für die Kommunen nicht mehr tragbar. Man müsse penetrant auf die Missstände hinweisen.

Herr Oberbürgermeister Feist berichtete, dass es ein Gespräch mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten zu den Themen Belastungen in den Bereichen Soziales und Jugend, Krankenhaus und freiwillige Leistungen gegeben habe. Auch der niedersächsische Städtetag habe sich mit deutlichen Worten an das Land gewendet. Herr Weil habe gesagt, dass auch das Land keine Geldreserven habe, jedoch bereit sei im Rahmen der Haushaltsgenehmigungen darauf zu achten, dass trotzdem die notwendigen Investitionen möglich sein werden.

Herr Schönfelder machte die Gründe für die Kostenexplosionen in der Jugendhilfe deutlich und betonte, dass das System fehlerhaft sei.

Herr Burkhart fragte, ob es Überlegungen gebe eine Heimeinrichtung städtisch zu betreiben, da viele Kinder außerhalb von Wilhelmshaven untergebracht werden müssen. Außerdem hinterfragte er die Erfolge der eingeführten Klassenassistenz.

Herr Oberbürgermeister Feist verwies für solche Detailfragen an den zuständigen Fachausschuss und erklärte, dass bereits eine Kostendämpfung erfolgt.

Herr Stoffers erkundigte sich, ob es interkommunale Vergleiche gibt und wie Wilhelmshaven im Vergleich zu anderen Kommunen dasteht.

Herr Bruns erklärte, dass die Verwaltung die aktuellen Standards überprüfen möchte.

Herr Schönfelder berichtete von dem eingeführten „10-Punkte Plan“, welcher kostendämpfend wirken soll. Es gibt erste Kennzahlenvergleiche, diese seien aus seiner Sicht derzeit jedoch noch nicht aussagekräftig genug, da die Kommunen teilweise unterschiedliche Erhebungen vornehmen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) die Nachbewilligung in Höhe von 2.900.000 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2024.

4.2 Nachbewilligung zum Haushalt 2024 - Teilhaushalt Soziales

268/2024

Herr Schön fragte, wie viele ukrainische Flüchtlinge bei den Kosten der Unterkunft und Heizung (Punkt Nr. 3) betroffen sind. Außerdem wollte er wissen, wie die Vermittlung in den Arbeitsmarkt läuft.

Herr Schönfelder antwortete, dass in der vorherigen Woche 160 Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft gewohnt haben. Er berichtete von den Landeszuweisungen und kündigte einen detaillierten Bericht im Fachausschuss an.

Herr Brandt hinterfragte, warum die Kosten für die Gemeinschaftsunterkunft nicht vorhersehbar gewesen seien, es gebe schließlich Verträge.

Herr Schönfelder erklärte, dass die Kosten zum Zeitpunkt der Haushaltsplanerstellung noch nicht bekannt gewesen seien.

Herr Becker erkundigte sich, was passieren würde, wenn die Stadt keine Flüchtlinge mehr aufnehmen würde.

Herr Schönfelder erläuterte, dass es sich bei den Landeszuweisungen um ein Bescheid des Landes handelt. Es gebe Verteilungsquoten und wir seien zur Aufnahme verpflichtet. Außerdem umfasst die Gemeinschaftsunterkunft 300 Plätze, es sei also noch genügend frei. Bei einer Weigerung könnte das Land rechtlich eine Ersatzvornahme durchführen und der Stadt die Kosten für die anderweitige Unterbringung in Rechnung stellen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) die Nachbewilligung in Höhe von 3.861.000 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2024.

4.3 Nachbewilligung zum Haushalt 2024 - Teilhaushalt Bürgerangelegenheiten

267/2024

Auf Nachfrage von **Herrn Brandt** erläuterte **Herr Bruns**, dass die Kosten des Bürgerentscheids höher seien, als der Betrag der Nachbewilligung. Die weiteren Mehraufwendungen werden im Rahmen des Deckungskreises gedeckt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) die Nachbewilligung in Höhe von 196.500 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2024.

4.4 Verkehrsregion Ems-Jade (VEJ) Hier: Änderung der Organisationsstruktur der VEJ GbR zu einer GmbH **246/2024**

Auf Wunsch der CDU-Fraktion führte **Herr Marušić** die Vorteile der Umwandlung aus. Er verwies außerdem auf die Anlage der Beschlussvorlage, in der die Fragen aus dem Ausschuss für Planen und Bauen beantwortet werden.

Herr Tönjes stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung, da aufgrund der umfangreichen Unterlagen noch Fragen aufgekommen seien.

Herr Schön und **Herr Dr. Schulte** sprachen sich gegen eine Vertagung aus und begründeten dies damit, dass die Vorlage bereits erstmalig im September vorgestellt worden sei und es eine Abstimmung mit den anderen Gesellschaftern gegeben habe.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Stadtrat stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrags der VEJ GbR nach Maßgabe des Gesellschafterbeschlusses vom 16.08.2024 (Änderung § 11 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages) zu (Anlage 1).
2. Unter der Bedingung, dass der Landkreis Emsland einen Antrag auf Ausscheiden zum 31.12.2024 gestellt hat, stimmt der Stadtrat dem Antrag zu.
3. Unter der Bedingung, dass der Landkreis Emsland einen Antrag auf Ausscheiden zum 31.12.2024 gestellt hat und diesem die Gesellschafter zugestimmt haben, stimmt der Stadtrat der Änderung des Gesellschaftsvertrags der VEJ GbR nach Maßgabe des Gesellschafterbeschlusses vom 16.08.2024 (Änderung § 2 des Gesellschaftsvertrages) zu (Anlage 2).
4. Der Stadtrat stimmt der Eintragung der VEJ GbR in das Handelsregister zu.
5. Der Stadtrat ermächtigt die Vertreter in einer Gesellschafterversammlung der VEJ GbR die Geschäftsführung der VEJ GbR zu ermächtigen, einen Geschäftsführer oder eine Geschäftsführerin für die neue GVEJ auszuwählen und diesen, durch die Gesellschafterversammlung bestellen zu lassen.

6. Der Stadtrat stimmt der Umwandlung der VEJ GbR in eine GmbH auf Grundlage eines noch von den Gesellschaftern der VEJ GbR zu fassenden Formwechselbeschlusses mit Wirkung zum 01.01.2025 zu (Anlage 3), vermöge dessen die Gesellschaftssatzung für die „Gesellschaft Verkehrsregion Ems Jade mbH (GVEJ)“ (Anlage 4) wirksam wird.

Insbesondere ermächtigt der Stadtrat die Verwaltung zu den folgenden Erklärungen:

- a) Verzicht auf die Erstattung eines Umwandlungsberichts gem. 192 UmwG
- b) Verzicht auf ein Abfindungsangebot gem. § 207 UmwG
- c) Verzicht auf Erhebung einer Anfechtungs- oder Nichtigkeitsklage gegen den Formwechselbeschluss gem. § 16 Abs. 2 S. 2 UmwG
- d) Zustimmung zum Formwechselbeschluss

Die Verwaltung wird zudem ermächtigt, allen notwendigen steuerrechtlichen, rechtlichen und redaktionellen Änderungen am Entwurf des notariellen Formwechselbeschlusses (Anlage 3) sowie der Gesellschaftssatzung für die „Gesellschaft Verkehrsregion Ems Jade mbH (GVEJ)“ (Anlage 4) zuzustimmen.

7. Der Stadtrat beschließt, als weiteren Vertreter/als weitere Vertreterin neben dem Hauptverwaltungsbeamten Herrn/Frau ... in die Gesellschafterversammlung der GVEJ zu entsenden.

8. Der Stadtrat nimmt den vorläufigen Wirtschaftsplan der GVEJ für das Jahr 2025 (Anlage 5) informatorisch zur Kenntnis.

4.5 Ergebnis Prüfauftrag Nr. 31 im Rahmen des 252/2024
Haushaltssicherungskonzeptes 2023/2024 (hier: Beendigung der
finanziellen Beteiligung an den erweiterten Schleusenöffnungszeiten)

Herr Heinemann brachte einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein. Demnach soll „zu beenden“ gestrichen werden und durch „neu zu verhandeln“ ersetzt werden.

Herr Schön teilte mit, dass sie den Prüfauftrag negativ zur Kenntnis nehmen und der Beschluss so bleiben sollte.

Herr Burkhardt berichtete von der ausführlichen Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen. Dort sei der Beschluss geändert worden und die Verwaltung aufgefordert Verhandlungen mit dem Land aufzunehmen. **Herr Burkhardt** betonte, dass die durchgehende Schleusenöffnung gewährleistet, die Vertragssituation jedoch geändert werden sollte. Die Stadt Wilhelmshaven sei die einzige Stadt, die sich an den Kosten beteiligt.

Frau Mandt fügte hinzu, dass im Fachausschuss festgestellt worden sei, dass Bund/ Land für die Öffnung zuständig seien und es keine vertragliche Grundlage für die Kostenbeteiligung gebe.

Herr Dr. Schulte erklärte, dass es einen mündlichen Vertrag gebe und über diese Absprache existiere ein Protokoll.

Herr Bruns berichtete von mehreren Beispielen bei dem der Bund Finanzierungen zu Lasten der Stadt geändert hat. Dies sei nun endlich die Gelegenheit, dass das Land/ der Bund Kosten übernimmt.

Die **Herren Bulla, Tönjes** und **Becker** befürworteten eine Kostenreduzierung.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde mit 9 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Im Anschluss wurde über die geänderte Beschlussvorlage abgestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt das Ergebnis des Prüfauftrages Nr. 31 im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2023/2024 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die bisherige anteilige Kostenübernahme für die erweiterten Schleusenöffnungszeiten für die Zeit ab 2025 **neu zu verhandeln zu beenden**.

4.6 Verkauf - Arthur-Grunewald-Straße – Gewerbefläche Geniusbank

224/2024

Herr Marušić führte in die Beschlussvorlage ein. Man habe nochmal mit der Firma über die Option Erbpacht verhandelt. Der Erbbauzinssatz beträgt 7,8 %, dies sei ein gutes Angebot und entspricht einen jährlichen Ertrag von fast 110.000 €. Im Gegenzug dazu muss die Stadt jedoch die Entsorgungskosten in Höhe von 327.000 € tragen, hierfür besteht bei GGS eine Rückstellung in Höhe von 200.000 €.

Herr Tönjes kritisierte, dass eine Entscheidung nicht getroffen werden könne, da nach wie vor ein Auskunftersuchen unbeantwortet und das andere nur unvollständig beantwortet sei. Außerdem hinterfragte er, warum der Rat erst so spät eingebunden wurde und das Konzept nicht vorgelegt worden sei. Er stellte daher einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung. **Herr Tönjes** informierte, dass der Sachverhalt auffällig sei und dieser bereits an die Kommunalaufsicht gemeldet worden sei.

Die **Herren Schön, Becker, Burkhart** sprachen sich gegen eine Vertagung aus.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 2 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Becker fragte, warum die Fragen von Herrn Tönjes nicht beantwortet werden.

Herr Marušić erklärte, dass viele Bereiche betroffen seien und daher die Abstimmung dauert. Jedoch können viele Fragen bereits mündlich beantwortet werden. Er ging daher auf einige der Fragen ein und beantwortete diese.

Herr Burkhardt sagte, dass festgehalten werden sollte, dass man jetzt und zukünftig von Sponsoring absehe.

Herr Schönfelder antwortete, dass die Annahme von Spenden ab einer gewissen Grenze durch den Rat erfolgen müsse und dieser diese dann ablehnen könne. Es müsse darüber jetzt kein Beschluss erfolgen.

Die Nr. 1 der Beschlussvorlage wurde mit 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung über Nr. 2 gab es keine Beteiligung.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

1. Der Rat stimmt der Neubestellung eines Erbbaurechts für 30 Jahre mit Verlängerungsoption um weitere 10 Jahre an die MOSOLF Port Logistics & Services GmbH, Indik 2, 26388 Wilhelmshaven auf einer Teilfläche von ca. 43.925 m² im Gewerbegebiet Geniusbank (Gemarkung Rüstringen, Flur 33, Flurstück 60/38) zu. Der Erbbauzins beträgt 2,50 € pro qm pro Jahr (7,81 % p. a.). Dies entspricht einer Summe von **109.812,50 €/Jahr**. In diesem Falle trägt die Entsorgungskosten in Höhe von ca. 327.000 € für die auf der Fläche befindlichen Container die Stadt Wilhelmshaven.

ODER alternativ

2. Der Rat stimmt dem Verkauf einer Teilfläche von ca. 43.925 m² im Gewerbegebiet Geniusbank (Gemarkung Rüstringen, Flur 33, Flurstück 60/38) zu einem Verkaufspreis in Höhe von 35,00 €/m² (= 1.537.375 €) abzüglich **der hälftigen Entsorgungskosten** für die Container in Höhe von **163.500 €** und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von ca. **1.373.875,00 €** an die MOSOLF Port Logistics & Services GmbH, Indik 2, 26388 Wilhelmshaven zu.

6 Mitteilungen und Anfragen

Klausurberatungen

Herr Bruns informierte, dass es einen zweiten Teil der Klausurberatungen geben wird. Das Sanierungskonzept fürs Klinikum soll bis zum 21.11. vorliegen, danach sollen die zweiten Klausurberatungen stattfinden.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** berichtete **Herr Bruns**, dass die Organisation der ersten Klausurberatungen schwierig sei, da Rückmeldungen aus dem Rat bezüglich Zusammensetzung und Inhaltswünsche sehr gering seien. Um die Räumlichkeiten kümmere sich Herr Bulla.

Klinikum

Herr Becker teilte mit, dass im NDR 3 ein interessanter Bericht zum Thema Krankenhäuser laufen werde. Er fragte, wie der aktuelle Sachstand z.B. zur Fusion mit den Frieslandkliniken sei.

Herr Oberbürgermeister Feist schlug vor zur nächsten Sitzung den Geschäftsführer des Klinikums einzuladen.

Herr Burkhardt erkundigte sich, ob die Arbeitsgruppe entsprechend des Beschlusses noch existent sei.

Herr Bruns antwortete, dass die Arbeitsgruppe für Indikativangebote zuständig sei und diese aktuell ruhen, dementsprechend auch die Arbeitsgruppe.

Herr Burkhardt führte aus, dass die Arbeitsgruppe auch für Fusion und Kooperationen zuständig sei und bat darum, die Beschlussvorlage noch einmal anzuschauen.

Herr Schönfelder bedankte sich für den Hinweis und sagte zu, dies noch einmal zu erörtern. Die Arbeitsgruppe sei mit Blick auf die Machbarkeitsstudie ruhend.

6.1 Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen

Herr Müller stellte in einem Vortrag den Stand der kommunalen Steuern, der Liquiditätskredite und der Schulden vor. Er führte aus, dass Wilhelmshavens pro Kopf Verschuldung sehr hoch sei. Aufgrund dieser hohen Verschuldung haben bereits mehrere Banken angekündigt keine Kreditangebote mehr bei einer Laufzeit von 30 Jahren abzugeben.

Auf Nachfrage von **Herrn Bulla** berichtete **Herr Müller**, dass derzeit noch keine Aufteilung der Gewerbesteuer nach Branchen existiere. Dies sei aufgrund des Steuergeheimnisses schwierig und derzeit neben dem Tagesgeschäft nicht umsetzbar. Man sei jedoch bemüht eine möglichst transparente Information zu erstellen.

Herr Bulla und **Herr Becker** kritisierten, dass die finanzielle Situation der Stadt zu negativ dargestellt werde. Die Stadt besitze viele Gegenwerte.

Herr Bruns entgegnete, dass jedes negative Jahresergebnis das Eigenkapital reduziere, so dass die Kernverwaltung irgendwann ein negatives Eigenkapital haben werde. Derzeit sei die Stadt nicht in der Lage den Schuldendienst aus eigener Hand zu leisten, siehe Stand der Liquiditätskredite.

Im weiteren Vortrag berichtete **Herr Müller** über die Digitalisierung der Gewerbesteuer, die Grundsteuerreform, die Hebesatzsatzung 2025 und die Beratungskosten zum Klinikum.

Herr Walpurgis erkundigte sich, in wie weit das Rechtsamt bei den Finanzhilfen für das Klinikum einbezogen wird, um die Kosten für die externe Beratung einzusparen.

Herr Müller antwortete, dass das Rechtsamt weisungsgebunden gegenüber dem Organ Oberbürgermeister sei und deshalb nicht den Rat bzw. die Verwaltung exkulpiert könne.

Außerdem erklärte **Herr Müller** in seinem Vortrag das Thema Patronatserklärung und Beherrschungsvertrag. Zusammenfassend seien die verschiedenen Ausprägungen dieser Instrumente entweder nicht zielführend bis wirkungslos oder sogar unzulässig. Diese Rechtsauffassung sei mit der Kommunalaufsicht abgestimmt. Er berichtete, dass derzeit das Sanierungskonzept erarbeitet wird, die daraus resultierenden Verlustausgleiche bzw. Eigenkapitalaufstockungen müssten dann in einem Nachtragshaushalt und dem nächsten Doppelhaushalt veranschlagt werden.

Herr Becker hinterfragte, wer entscheidet ab welcher Höhe die Übernahme von Verlusten unangemessen sei, insbesondere wenn es um die Gesundheitsversorgung gehe. Er fragte auch, warum der Betrauungsakt nicht mehr gelte.

Herr Müller erklärte, dass die Angemessenheit eine Einzelfallprüfung sei. Der Betrauungsakt sei weiterhin gültig, man befinde sich aufgrund der hohen Zuschusszahlungen allerdings bereits außerhalb diesem.

Abschließend gab **Herr Müller** einen Ausblick auf die nächsten Vortragsthemen und bat um weitere Anregungen und Wünsche.

6.2 Info Haushaltsstrukturkommission

Herr Bruns informierte in einem Vortrag über die Haushaltsstrukturkommission. Aktuell sei bei den Fachbereichen 61 und 63 mit der Aufgabenbetrachtung begonnen worden. Er berichtete über den weiteren Ablauf.

6.3 Einrichtung einer laufenden Ideenbörse zum Haushalt 2025/2026 (Auf Wunsch von Herrn Heinemann)

Herr Heinemann erklärte, dass er um Einführung einer Ideenbörse für Verbesserungen zum Haushalt gebeten habe.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:16 Uhr

Bruns
Stadtrat

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin